

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

15.4.1929 (No. 87)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtszeit vom 4. bis 10. April 1929 in den meisten Bezirken fortgesetzt. Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 10. April 1929 war folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und in der Sonderfürsorge standen 85 772 Personen (67 819 Männer und 17 953 Frauen) und in der Kreisunterstützung 8814 (7370 Männer und 1444 Frauen). Die Gesamtzahl fiel in der Berichtszeit um 13 186 oder 12,2 v. H. von 107 782 auf 94 596; davon trafen 29 540 (gegen 35 908) auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern und 65 046 (gegen 71 874) auf die Arbeitsämter in Baden. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes kamen am 10. April 1929 auf 1000 Einwohner 18,8 Hauptunterstützungsempfänger gegen 31,9 am 6. März, wo die Höchstzahl der Unterstützten im vergangenen Winter (160 377 Personen) festgestellt wurde. Die Gesamtabnahme seit dem Anschwung belief sich bis 10. April auf 65 791 Personen oder 41 v. H. In Württemberg ging der Stand von 69 016 auf 29 540 um 39 476 oder 57 v. H., in Baden von 91 361 auf 65 046 um nur 26 315 oder um 29 v. H. zurück. Die wesentlich schlechtere Wirtschaftslage des badischen Teiles von Südwestdeutschland kommt in dieser Entwicklung deutlich zum Ausdruck. Der weitere Umstand, daß die gesamte Entlastung fast ausschließlich den Arbeitsmarkt für Männer betraf, deren Zahl von 140 771 Hauptunterstützungsempfängern auf 75 189 um 65 582 oder 53 v. H. zurückging, während die Zahl der unterstützten Frauen mit 10 397 am 10. April gegen 19 606 am 6. März fast gleich blieb, zeigt die ernste Lage für die Konjunkturgruppe des Arbeitsmarktes.

In der Saisongruppe war es besonders das Baugewerbe, welches die Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführte. Der Bedarf an Maurern war an manchen Orten so stark, daß schon ein Mangel an tüchtigen Fachkräften zu beobachten war. Gering war in diesem Frühjahr noch der Bedarf an Malern. Auch die Bauhilfsarbeiter fanden in großer Zahl Beschäftigung. In Kraftarbeiten waren in der Berichtszeit 4230 Mann untergebracht. Im Verkehrsgewerbe ist der Bedarf an Zeitarbeitern für die Reichsbahn erheblich geringer als im Vorjahr. In der Landwirtschaft dagegen ist die Nachfrage nach ständigen Kräften wegen der verspäteten Felderbestellung erheblich stärker. Die Bemühungen, geeignete Kräfte aus den Arbeitslosen in die Landwirtschaft unterzubringen, wurden mit teilweise guten Erfolgen fortgesetzt. Der Mangel an ländlichen Dienstboten ist allerdings nicht zu beheben. Die Vermittlungstätigkeit im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war für ständige Personal ziemlich reger; an tüchtigem weiblichem Küchenpersonal trat vielfach Mangel auf. Die Industrie konnte von der saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes ebenfalls Nutzen ziehen. In der Metallindustrie waren es besonders die handwerksmäßigen Berufe, Wauschlösser und Bauflächner, und in der Holzindustrie die Sägewerke und die Bauflächner, die einen regen Bedarf an Arbeitskräften hatten. In der übrigen Metallindustrie trugen der landwirtschaftliche Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Eine Abschwächung des Beschäftigungsgrades dagegen, die erheblich ins Gewicht fiel, zeigte wiederum die Edelmetallindustrie. In der gesamten übrigen Industrie, der chemischen, Textil-, Papier u. Lederindustrie waren Anzeichen einer Besserung kaum zu beobachten. Das Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe hat infolge weiterer Entlastungen in der bad. Tabakindustrie wieder eine Besserung erfahren. Die Lage des Bekleidungs- u. Schuhindustrie ebenfalls sehr gedrückt. Der Bedarf an Schneidern für Maß- und Konfektion hat nach Ostern etwas nachgelassen. In den Angestelltenberufen hat sich die Lage infolge erheblicher Entlastungen zum Quartalswechsel ebenfalls verschlechtert.

Schlageri in einer politischen Versammlung. Während einer in Koblenz abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei, an der auch Nationalsozialisten teilnahmen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Die Gegner beharrten sich mit Biergläsern und prügeln sich mit Stuhlbeinen. Im Verlaufe weniger Minuten gab es eine Anzahl mehr oder weniger schwer Verletzte.

Öffentlichkeitsantrag Dr. Noos' abgelehnt. Wie aus Nancy berichtet wird, ist der Antrag von Befancon in Untersuchung befindlichen Geschäftlers Dr. Noos auf provisorische Freilassung mit der Begründung abgelehnt worden, daß Grund zu Furchtverdacht vorliege. Bekanntlich hat sich Dr. Noos den französischen Behörden freiwillig gestellt, um eine Revision des im Colmarer Autonomienprozess gegen ihn ergangenen Kontumazurteils zu erlangen.

Die Revolution in Mexiko ist zusammengebrochen. Die Regierung antwortete auf das Anerbieten des Rebellenführers Rabatte, sich im Falle einer Begnadigung mit 6000 Mann zu ergeben, daß die Übergabe bedingungslos sein müsse. Die Verantwortlichen kamen vor das Landgericht. Das Übergabangebot der Rebellen wird in Mexico-City als das Ende der Revolution angesehen.

Letzte Nachrichten

Die Reichsregierung und die Vorschläge der Parteien

Sifferding über den Etat
B.D.Z. Berlin, 15. April (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages leitete Reichsfinanzminister Dr. Sifferding die allgemeine Aussprache mit einer Rede ein, in der er ausführte:

Durch die Vorschläge der Parteien ist eine Senkung der Ausgaben um 180 Millionen gegenüber dem Regierungsentwurf erreicht worden, so daß die Erhöhung der Bier- und Erbschaftsteuer fallen gelassen und die Schaffung neuer Einnahmen auf die Erhebung von 40 Millionen Nachtragszahlungen auf die Vermögenssteuer und auf die Erhöhung der Branntweinmonopoleinnahmen um 90 Millionen beschränkt werden können. Ich habe der Reichsregierung empfohlen, sich diese Vorschläge zu eigen zu machen, obwohl ich die ursprünglichen Staatsvorschläge unter dem Gesichtspunkt einer Finanzpolitik auf weite Sicht durchaus für vertretbar halte. Ich war fest entschlossen, bei einer Erleichterung unserer Reparationszahlungen die Gesamtsteuerlast systematisch zu senken. Die beiden Hauptprobleme unserer Finanzpolitik sind die Erleichterung unserer Kassenlage, insbesondere aber eine Verringerung des Steuerdrucks durch Senkung der Einkommensteuer und der Zundersteuer, stets unter dem obersten Leitgedanken, daß der Etat kein Defizit aufweisen darf.

Dieser Gesichtspunkt bleibt auch bei den Vorschlägen der Parteien gewahrt. Ich habe sie dem Kabinett auch deshalb empfohlen, weil neben der Notwendigkeit der beschleunigten Abschließung des Etats angesichts der Möglichkeit, daß wir in naher Zukunft vor außerordentlichen Entscheidungen von größter Tragweite stehen können, die Bildung einer festen Regierungsmehrheit von überragender Bedeutung zu sein schien. Das Kabinett ist meiner Meinung im Hinblick auf die gesamtpolitische Lage beigetreten. Die Reichsregierung wird mit allen Mitteln auf die Durchführung des Etats hinarbeiten. Ich bitte, den Etat sobald wie möglich zu verabschieden.

Religiöse Vereinigungen in Rußland

B.D.Z. Moskau, 15. April (Tel.) Die Regierung der R. S. F. S. R. Innerenlands hat ein Gesetz erlassen, wonach sämtliche religiöse Vereinigungen angemeldet werden müssen. Religiöse Vereinigungen gelten nicht als juristische Personen. Wirtschaftliche oder kulturelle Arbeit, die über den Rahmen der Kultursicherung hinausgeht, ist ihnen untersagt. Räumlichkeiten zur Einrichtung von Betshäusern können von religiösen Vereinigungen gepachtet werden.

Die neue polnische Regierung

Ein Sieg der Faschisten
Nachdem die Regierung Bartels ihren Rücktritt erklärt hat, hat am Sonntag der polnische Staatspräsident die neue Regierung bestätigt, deren Vorsitz der bisherige Unterrichtsminister Swiatkisi übernimmt. Der neuen Regierung gehören ferner als Minister an: Marschall Bilubski (Krieg), Jaleski (Außenw.), Sladkowski (Innenw.), Kwiatkowski (Handel u. Industrie), Moraczewski (öffentliche Arbeiten), Gar (Justiz), Prytor (Arbeit), Wörner (Post und Telegraph), Czerwincki (Unterricht), Mrazowski (Landwirtschaft), Staniewicz (Agrar und Forst). — In das neue polnische Kabinett treten als neue Mitglieder die drei Obersten Prytor, Wörner und Matuzewski (Finanzen) sowie der Unterrichtsminister Czerwincki ein, der bisher im Unterrichtsministerium den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Swiatkisi als Vizeminister vertrat.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Warschau berichtet wird, schwindet mit dem Ausscheiden Bartels aus dem Kabinett die letzte Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Die Gruppe der Obersten, die sich bisher darauf beschränkte, hinter den Kulissen zu arbeiten, aber für den Augenblick der tatsächlichen Machtübernahme sämtliche Vorbereitungen im Lande durch Befehle der wichtigsten Verwaltungs- und anderer Stellen mit ihren Vertrauensleuten getroffen hat, wird jetzt auf die offizielle Politik der Regierung entscheidenden, ja allseitigen Einfluß besitzen. Eine staatspolitische Linie haben die Obersten bisher nicht offenbart, obwohl selbstverständlich ist, daß die für sie einzig naheliegende Richtlinie diejenige der militärischen Diktatur ist. Oberst Matuzewski, der eine überragende Stellung im Kabinett einnimmt, ist überzeugter Faschist und drückt damit dem neuen Kabinett seinen Stempel auf. Das neue Kabinett bildet eine unerkennbare Anspielung des schärfsten Kampfes der Obersten-Gruppe an das Parlament und somit in erster Linie an die Linksparteien in Polen. Ob es jetzt zu einer sofortigen Auflösung des Parlamentes oder aber zu einer weiteren Wiederhaltung der Volksvertretung kommen wird, ist ungewiß und auch nebensächlich.

Das Defizit der Preßsa. Das „Köln. Tagebl.“ meldet: Das endgültige Defizit der Internationalen Presseausstellung Köln 1928 beziffert sich, wie in diesen Tagen festgestellt wurde, auf 800 000 M auf dem Konto der Preßsa im engeren Sinne; dazu treten noch nicht berücksichtigte Forderungen städtischer Betriebsabteilungen für Lieferungen bzw. Arbeiten im Betrag von 700 000 M, so daß das Bruttodefizit sich auf 1 500 000 M beläuft. Hierin sind natürlich nicht inbegriffen die Dauerarbeiten mit 18 Millionen Reichsmark, die in zehn Jahresraten zu 1,8 Millionen Reichsmark im Haushalt der Stadt Köln eingeleitet werden. Vorläufig sind die Gelder kurzfristigen Anleihen entnommen.

Die Gläubigerforderungen in Paris

Unannehmbar

Am Samstag wurde der Pariser Sachverständigenkonferenz das Memorandum der Delegationen der Hauptgläubigerstaaten übergeben. Es enthält die Gesamtforderung, also die Gesamtsummen der deutschen Schuld, wie sie die Sachverständigen der Gläubiger verlangen, und die Staffelfung der Jahreszahlungen. Deutscherseits werden die Forderungen als unannehmbar bezeichnet.

Über den Inhalt des Memorandums wird strenges Stillschweigen beobachtet, so daß die verschiedenen Mitteilungen der Pariser Blätter mit Vorbehalt aufzunehmen sind. Danach belaufen sich die Gläubigerforderungen im Anfang auf 1,7 Milliarden Reichsmark im Jahr und steigen im Laufe von siebenunddreißig Jahren auf 2,4 Milliarden, wonach nochmals einundzwanzig Jahre lang die Anfangsannuitäten zu zahlen wären. Somit hätte Deutschland in der ganzen Zahlungsperiode eine Gesamtsumme von über vierundzwanzig Milliarden Dollar zu zahlen, was einem Gegenwartswert von zehn Milliarden Dollar (über 40 Milliarden Reichsmark) entspräche.

Nach dem „Matin“, der noch höhere Zahlen anbietet, seien die vorgeschlagenen Jahreszahlungen auf einen Zinssatz von 5 1/2 Proz. berechnet und stellen für die 35 ersten Jahre eine Durchschnittsannuität von 2198 Mill. oder nach anderen Berechnungen von 2300 Mill. dar. Sie stiegen im Laufe von 37 Jahren von 1800 auf 2450 Mill., erreichten also nicht die jetzige Normalannuität des Dawesplans von 2 1/2 Milliarden. Nach den ersten 37 Jahren würden die eigentlichen Reparationen getilgt sein. Die Annuität für die Bezahlung der Kriegsschulden sinke in den letzten 21 Jahren von 1700 Mill. auf 900 Mill. Reichsmark.

An zuständiger Stelle in Berlin erklärt man schon jetzt, daß eine solche Verhandlungsgrundlage vollkommen un diskutierbar ist. Als Ganzes genommen bedeutet dieser Reparationsplan keine Erleichterung für Deutschland, sondern Verdoppelung der Verpflichtungen, die es bis jetzt übernommen hat. Für dieses sogenannte „Entgegenkommen“ sollen die Deutschen als Äquivalent bieten: eine bedeutende Vermehrung der Jahresraten, die Aufgabe des Transferschutzes und die Kommerzialisierung von Reichsbahnobligationen.

Eine deutsche Beschwerde

Deutscherseits wurde Beschwerde über das Verhalten eines Teiles der französischen Presse geführt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Pressekampagne der letzten Tage den Charakter der Reparationskonferenz dadurch entwertet hat, daß man von Parteien, die einander gegenüberstehen, gesprochen hat, während in Wirklichkeit eine Konferenz tagt, die ein der Allgemeinheit interessierendes Problem ohne Rücksicht auf politische Fragen zu lösen hat. Die Arbeit der Sachverständigen ist begründet auf ihrer Kenntnis von den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen in der Welt und ihrer Verbindung mit dem Reparationsproblem. Die Aufgabe der Sachverständigen besteht darin, in gründlicher gemeinsamer Untersuchung zu erforschen, wieviel Deutschland im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit bezahlen darf, ohne aus dem Rahmen der Weltwirtschaft auszufallen und was die reparationsberechtigten Länder an Zahlungen und Leistungen im normalen Wirtschaftsaustausch erhalten können.

Gegenüber französischen Blättermeldungen wird deutscherseits erklärt: Die Tatsache, daß der Vorsitzende Owen Young das Memorandum der Delegationen der vier hauptreparationsberechtigten Länder entgegengenommen hat, ist nicht in dem Sinne auszuliegen, daß er sich selbst mit diesem Memorandum identifiziert. Er hat auch in keiner Weise hierzu Stellung genommen.

Deutsche Pressestimmen

Die Berliner Blätter bringen, ganz gleich, welcher Partei-richtung, in den Überschriften in scharfer Form zum Ausdruck, daß die bisher genannten Zahlen für Deutschland unannehmbar sind. Das „Berliner Tageblatt“ gebraucht die Überschrift: „Die maßlosen Forderungen der Gläubigermächte“. Die „Post-Zeitung“ erklärt, daß die Forderungen für Deutschland nicht nur unannehmbar, sondern auch undiskutabel sind. Andere Blätter glauben nicht mehr an einen Erfolg der deutschen Bemühungen. Der Sachverständigencharakter der Konferenz sei reitlos untergegangen, und es habe sich der Blod der Alliierten herausgestellt. Der „Tag“ weist darauf hin, daß es nicht auf den Gegenwartswert von 38 Milliarden ankomme, sondern darauf, daß Deutschland mit Zins und Zinsezins in zwei Menschenaltern das Dreifache dieser Summe zahlen soll.

Amerika und die Reparationsfrage

B.T.Z. London, 15. April. (Tel.) „Morning Post“ meldet aus Washington: Man nimmt an, daß sowohl Morgan als auch Owen Young der Ansicht sind, daß ihre Kollegen im Sachverständigenausschuß eine zu hohe Gesamtreparationssumme festgesetzt haben. Nach Eintreffen ihrer Berichte in Washington wurde vorgestern abend eiligst eine Konferenz im Weißen Hause zusammenberufen, auf der die Haltung der Regierung Hoover in der Frage einer Verminderung der amerikanischen Reparationsansprüche erörtert worden ist. Man

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. D.807 Handelsregisteramt... am 1. April 1929. Die Kaufleute Dagobert Kuttner, Deuthen D.S., Emil Kuttner, Pforsheim und Waldemar Kuttner, Dur...

Mannheim. D.800 Handelsregisteramt... am 15. März 1929: Deutsche Hydroleib Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Durch Geschäftsverbes...

Heidelberg. D.798 Handelsregisteramt... am 14. März 1929. Die Firma Carl Koch in Heidelberg ist erloschen. 14. März 1929.

Heidelberg. D.819 Handelsregisteramt... am 26. März 1929: Firma Rheinische Creditbank, Heidelberg. Die Prokura des...

Heidelberg. D.817 Handelsregisteramt... am 26. März 1929: Firma Rieger & Söhne, Heidelberg. Die Prokura des...

Zurück Dr. W. Koellreutter Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden, sowie Plastik und Kosmetik für Nase und Ohr

Noch 4 Tage Auch nicht eine Minute länger! Es finden unwiderruflich nur noch folgende Vorstellungen statt:

ZOO (über 800 Tiere) täglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags durchgehend. Erwachsene 1 RM, Kinder 50 Rpf.

KOLOSSALCIRCUS KRONE Karlsruhe Maßplatz 490

Badisches Landestheater! Dienstag, 16. April *B 22 Th.-Gem. 401-500

Colosseum Nur noch bis einschl. Montag, den 15. d. Mts. die große Wiener Revue Einst und Jetzt